

der deutschösterreichischen Bewegung dreimal wöchentlich signalisiert werden. Derartige Widersprüche und Unstimmigkeiten müssen zu gewaltsamen Entlassungen und Erschütterungen der Volkspolizei und zur systematischen Untergrabung jedweder Staatsautorität führen. Schreiber dieses hat einstens in gefährlichster Stunde, am Palmsonntag 1919, als in München die Räterepublik ausgerufen wurde, den Herren Mühsam, Badler, Neurath und Toller in einem offenen Briefe prophezeit, daß der von ihnen eingeschlagene Weg unschlar in ein Meer von Blut und Tränen münden müsse. Die Entwicklung hat ihm leider recht gegeben. Er nimmt daher keinen Anstand, heute den leitenden Männern der bayerischen Regierung mit gleicher Offenheit vorzusagen, daß der jetzt von einem anderen Extrem aus eingeschlagene, unter der stillschweigenden Billigung der Münchener Polizeidirektion beschrittene deutschösterreichische Zerweg uns in ein neues Chaos von Zerstörung und Verwüstung unschlar führen muß.

Diese Darstellung eines Demokraten ist nicht nur die schärfste Verurteilung an Rahr und Pöchner, sondern zugleich der Haltung der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Demokraten, die sowohl im Reich wie auch in Bayern diese Herrschaft des Rabauantilismus der freisten Reaktion dauernd gestützt haben. Die Abrechnung muß sich deshalb nicht nur auf Rahr und Pöchner, sondern auch auf sie erstrecken.

Schamloses Gebahren

Die Kommunisten bleiben ihrer alten verräterischen Haltung treu, die die Wahrheit vergewaltigt und jede Angelegenheit selbst unter Schädigung der allgemeinen Interessen der Arbeiterschaft zugunsten der kommunistischen Partei auszunutzen sucht. Die „Rote Fahne“ erklime aber heute den Gipfelpunkt der Verleumdung, indem sie die USPD als Regierungspartei bezeichnet und wörtlich schreibt: „Die USPD ist Regierungspartei. Sie ist mitverantwortlich für die Taten der Regierung in ganz Deutschland.“ Der Schuldige an der Ermordung von Gareis ist also nach der Darstellung der Kommunisten die USPD! Gibt es eine gemeinere Verleumdung als diese? Eine Gemeinschaft mit Leuten, die etwas derartiges zu schreiben wagen, kann es deshalb für anständige Arbeiter nicht geben.

Zusammenkunft der alliierten Führer

Der Sonderberichterstatter der „Chicago Tribune“ im Hauptquartier der Insurgenten behauptet, von offiziöser Seite zu erfahren, daß 35 000 Mann der alliierten Streitkräfte als eine genügende Truppenmacht angesehen würden, um die Deutschen von den Polen in der neutralen Zone zu trennen, dagegen brauche man 65 000 Mann, um die ganze Abstützungszone von deutschen und polnischen Truppen zu räumen. Der Berichterstatter teilt mit, daß am 7. in Oppeln eine Zusammenkunft der Führer der alliierten Streitkräfte stattgefunden habe. General Henniker hat namens der englischen Regierung darauf bestanden, daß die deutschen Selbstschutzorganisationen verwendet werden sollten, um das Gebiet von den polnischen Banden zu säubern. Sollte die Entente später diesen Gebietsabschnitt den Polen abstreifen, so könnten die Deutschen leicht gezwungen werden, dieses Gebiet, das Polen zufallen soll, zu räumen. Der Kommandant der französischen Truppen, General Gratier, widersetzte sich mit allem Nachdruck diesem Vorschlage. Unter keinen Umständen könne gestattet werden, daß die Deutschen in diesem Gebiete Polens Rechte ausüben. Der Kommandant der italienischen Truppen, General Salvini erklärte, daß die deutschen militärischen Kräfte zu stark seien, um entwaffnet zu werden. Dagegen könnten die Polen gezwungen werden, ihre Waffen niederzulegen und ihre Angriffsabsichten aufzugeben. Wären die Polen erst entwaffnet, so könne man hoffen, daß auch die Deutschen ihre Absicht, vorzuziehen, aufgeben würden.

Nachdem man zwei Stunden hindurch beraten hatte, gelangte der Gedanke zur Annahme, daß die beiden Gegner durch die Errichtung der neutralen Zone getrennt werden sollen. Gratier gab der Befürchtung Ausdruck, daß neue Feindseligkeiten ausbrechen könnten, da die Deutschen alle Anstrengungen machten, um

neue Truppen in Kandrjin, Slawentzig, Saleche, Eulshowa, sowie Reservegruppen in Boremba, Lejshnig, Dollna und Czarnowin zusammenzuführen. Der Berichterstatter erwähnt noch die Tatsache, daß die Errichtung der neutralen Zone hauptsächlich dazu führen wird, daß die Polen die Distrikte Gosen, Rosenberg, Groß-Sirehlig, sowie den westlichen Teil von Rybnik und Gleiwitz verlieren werden. Wenigstens gaben die Führer der polnischen Insurgenten derartigen Befürchtungen Ausdruck. Es könnte auch zu Zwischenfällen zwischen den Russen und den französischen und englischen Streitkräften kommen. Französische und englische Kompagnien haben Befehl erhalten, die Stadt Groß-Sirehlig zu besetzen.

Auf zum Protest!

Gegen das reaktionäre Rörderregiment

Das Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie fordert die Parteigenossen auf, überall Kundgebungen gegen das bayrische Rörderregiment und zur Unterstützung des Kampfes der gesamten bayrischen Arbeiterschaft gegen die Herrschaft der Rahr und Pöchner zu veranstalten. Die Kundgebungen müssen eine wuchtige Unterstützung darstellen für folgende Forderungen:

- Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern, Mitteldeutschland und Ostpreußen.
- Aufhebung aller Sondergerichte, insbesondere der Volksgerichte in Bayern.
- Entwaffnung der Einwohnerwehren, der Ortschaft und sofortige Auflösung dieser Organisationen.
- Rücktritt der Rahrregierung.
- Vertrauen aller Schuldigen an der Rordtat.
- Anklageerhebung gegen Pöchner und Sichert.
- Arbeiter, Angestellte und Beamte! Besucht überall diese Massenkundgebungen. Zeigt, daß ihr euch eins fñhlt mit dem Kampf der bayrischen Arbeiterschaft! Zeigt, daß ihr der dauernden Gefährdung der Interessen der Massen durch die bayrische Reaktionsherrschaft ein Ende bereiten wollt!

Zentralkomitee der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Montag, 5 Uhr: Massenkundgebung in Berlin

Die Lage in Oberschlesien

London, 11. Juni.

„Times“ meldet aus Oppeln vom 10., daß von der Interalliierten Kommission in Oberschlesien jetzt ein endgültiger Aktionsplan angenommen sei und bereits in Ausführung gebracht werde. Bewaffnete Deutsche südlich von Gleiwitz haben den Befehl erhalten, sich westlich der Oder zurückzuziehen, desgleichen die Polen in demselben Sektor bis zur Grenze zwischen den Bezirken Rybnik und Pleß. Diese Räumung sollte bis zum Abend des 10. vollendet sein. Darauf sollte die Zurückziehung in entgegengesetzter Richtung sowohl seitens der Polen als auch seitens der Deutschen folgen, bis das gesamte Abstützungsgelände von bewaffneten Zivilisten freist.

Der Berichterstatter der „Times“ schreibt, die größte Schwierigkeit werde die Frage der Polizei bilden. Ganze Bataillone polnischer Insurgenten tragen jetzt den grünen Waffenrock der Abstützungspolizei. Wenn die deutschen Polizisten, die gemein-

sam mit dem Selbstschutz gegen die Insurgenten gekämpft haben, ihr Amt wieder antreten, dann werde sich auf polnischer Seite der Ruf erheben, daß das Land den Deutschen ausgeliefert werde. Die Frage der Bildung einer unparteiischen Polizeitruppe ist, der „Times“ zufolge, eines der ernstesten Probleme in Oberschlesien, denen sich die Kommission gegenübergestellt sieht. „Times“ berichtet, daß die französische Regierung jetzt auf das Ersuchen der britischen Regierung, sich England anzuschließen und die alliierten Militärbehörden (die französischen und italienischen) zu ermächtigen, ihre Truppen, wo und wann dies für notwendig befunden wird, gegen die polnischen Insurgenten einzusetzen, geantwortet hat. Die französische Regierung erklärt, daß General Le Rond Befehle erhalten hat, mit den Engländern und Italienern zusammenzuwirken. Sie macht jedoch gewisse Vorbehalte.

General Hennikers Vollmachten

London, 11. Juni. In englischen diplomatischen Kreisen erklärte man gestern abend, daß die englische Regierung entschlossen sei, jene Mittel in Erwägung zu ziehen, deren Anwendung endlich zu einem Aufhören der Unordnung in Oberschlesien führen würde. General Henniker sollen alle Vollmachten erteilt worden sein, um die polnischen Insurgenten aus gewissen Gebieten zu vertreiben, die sie sich noch weigern zu verlassen. Henniker wird also imstande sein, die ihm geeignet erscheinenden Mittel in Anwendung zu bringen. Nötigenfalls würden auch neue englische Verstärkungen nach Oberschlesien entsandt werden. Eine offizielle Mitteilung über dahingehende Absichten soll der französischen Regierung bereits übermittelt worden sein.

Die Erneuerung der Entente

London, 11. Juni. „Times“ treten in einem „Entente oder Allianz“ überschriebenen Leitartikel für eine Erneuerung, Entwicklung und Stärkung der Entente zwischen England und Frankreich ein. Das Blatt erklärt, ob die Ausdehnung der Entente durch den Vertrag beschränkt werde oder nicht, sei eine andere Frage, über die die Entente natürlich auseinandergehen. In England sei man der Ansicht, daß eine mehr entwickelte und endgültigere Entente für die Allgemeinheit sicher nötig sei, die französische Regierung und das französische Volk müßten jedoch selbst beschließen, ob sie den allgemeinen Richtlinien des Planes zustimmen oder nicht, indem sie sich stets vor Augen halten, daß weder die Welt, noch die Entente stillstehen könnten. Das Blatt erklärt, die Entente könne nicht so bleiben, wie sie ist, sie müsse ergründet werden oder weniger eng weniger herzlich und weniger englich.

Differenzen in der Reparationskommission

Paris, 10. Juni. „Temps“ stellt fest, daß die Reparationskommission sich über gewisse Fragen, die den Artikel 235 des Friedensvertrages betreffen, nicht hat einigen können. Es handelt sich aber um die Festsetzung des Preises der von Deutschland auf dem Wasserwege gelieferten Kohlen um die Festsetzung des Betrages der belgischen Kriegsschuld und ferner um die Verteilung der deutschen Zahlungen unter die Kleinstaaten. Die Reparationskommission hat nunmehr die alliierten Regierungen ersucht, sich zunächst untereinander zu einigen. Infolgedessen seien zwischen Frankreich, England, Italien und Belgien Verhandlungen eingeleitet worden.

Die weittragenden Geschütze

London, 11. Juni. Zwischen General Koffet und der deutschen Regierung wird gegenwärtig ein Briefwechsel über die Frage der Auslieferung der weittragenden Geschütze geführt, die im Friedensvertrag nicht vorgesehen ist. Der General verlangt Beweise für die Richtigkeit der Behauptung der deutschen Regierung, daß diese Geschütze zerstört worden sind.

Wie wenn im Herbst die Blätter alle auf einmal von den Bäumen fallen

Ein Eisenbahnarbeiter sagte über den letzten Kommunismus: Er sei zu früh gekommen; es sei noch nicht die Notwendigkeit dazu gewesen; wenn die da sei, dann werde es überall losgehen, „wie wenn im Herbst die Blätter alle auf einmal von den Bäumen fallen“. Ich habe selber manchmal an den Ausspruch denken müssen, denn in ihm ist mir manches deutlich bewußt geworden.

Der beste Lehrmeister des Menschen ist das Schicksal. Schicksal ist alles, was die ganze Existenz des Menschen entweder vernichtet oder bedroht oder erhält. Schicksal ist alles, was unser ganzes Leben zur Last macht oder zur Lust. In der Schule oder in Büchern (die gewiß notwendig sind und unentbehrlich) sehen wir meist — nicht immer — die Welt wie durch ein Fenster, wie etwas, das wir aus der Ferne betrachten. Im Schicksal stehen wir mitten in der Welt drin; im Schicksal lernen wir die Welt durch den Kampf mit ihr kennen. Jede falsche Ansicht, die zu einer falschen Tattit führt, kann uns den Ruin bringen. Wer dem Schicksal abzulauischen weiß, worauf es ankommt, der macht kein Glück. Hier, wo es sich um Heil oder Unheil handelt, um Sein oder Nichtsein, hier gräbt sich alles tief in unser Gedächtnis. Bei diesem Lehrmeister Schicksal geht eben das sozialistische Proletariat in die Lehre.

Wir ward aber auch deutlich, welcher Art diese Lehre durch das Schicksal ist. Das Schicksal des Bauern hängt vor allem ab von Sonne und Regen, von Kälte und Wärme, von der Gesundheit des Viehs, kurz: es hängt in erster Linie ab von der Natur. Die nicht-bäuerliche Arbeiterschaft — also der größte Teil der Arbeiterschaft bei uns — hängt nicht in erster Linie ab von der Natur. Gewiß kann auch ihr der Regen eine Sonntagswanderung verderben; gewiß hat auch er durch eine Mißernte zu leiden, aber indirekt durch die dadurch bedingte Teuerung und ihre Folgen. In erster Linie ist ihr Schicksal abhängig nicht von der Natur, sondern von der geschichtlichen Lage und den geschichtlichen Vorgängen, d. h. von ihrer sozialen Stellung, von dem Markt und seinen Schwankungen usw. von der Politik (von der schon Napoleon vor 100 Jahren sagte, sie sei fortan unser Schicksal). Von der Geschichte erwartet der Proletarier in Zukunft sein Heil; von der Reorganisation der menschlichen Gesellschaft. Als das Proletariat zum Selbstbewußtsein erwachte und über seine Lage und ihre Umgestaltung nachzudenken begann, war es deshalb auch gerade die marxistische Geschichtslehre, die ihm die Anleitung gab. Je mehr es politisch aktiv wurde, je mehr es jene Geschichtstheorie anwandte, um so mehr wurde das Schicksal zur Quelle des Wissens von den Gesetzen der Geschichte. So lehrt uns heute das Schicksal die Wahrheit des Satzes: „Es muß überall

auf einmal losgehen, wie wenn im Herbst die Blätter alle auf einmal von den Bäumen fallen.“

„Wie wenn im Herbst die Blätter alle auf einmal von den Bäumen fallen.“ In dem Satz steckt noch etwas drin. Es ist nicht nur ein schöner Vergleich, der den Gedanken sehr deutlich macht und ihn dem Gedächtnis gut einprägt. Es steckt darin eine Ahnung, daß die Grundgesetze der Geschichte auch die Grundgesetze der Natur sind. In diesem Fall: Jedem ist seine bestimmte Zeit gesetzt. Die Pflanze braucht ihre bestimmte Zeit bis sie die Stoffe für die Blütenbildung gesammelt hat; sie braucht ihre bestimmte Zeit, bis die Frucht reift. Der Baum braucht seine bestimmte Zeit, bis er das Laub abwerfen kann. So ist auch in der Geschichte den Revolutionen ihre Zeit gesetzt, bis sie ausbrechen; man kann sie vorher nicht künstlich machen. Und wie die Blütenbildung vorher schon vorbereitet wird und die Fruchtbildung und der Laubfall mit Notwendigkeit, so bereitet sich vorher die Revolution vor mit Notwendigkeit. Es ist ein Gesetz hier und dort. Mensch und Natur sind ein großes Leben.

Paul Bommersheim

Die Austreibung des Materialismus

Zu den Leipziger Prozessen

In Leipzig spielt die Zivilisation mit sich selber ein rechties Narrenstück auf. Die Situation ist noch niemals so lächerlich traurig gewesen und so grauam höhnisch wie jetzt, wo die Intelligenz von Europa sich gerüstet hat, um die Kriegsverbrecher zu „verurteilen“. Wie man dabei verfährt — die Feder findet keinen Ausdruck. Selbst wenn man nur in Deutschland reismachen wollte, gäbe es keine gräßlichere Parodie als das Schauspiel eines Reichsgerichts. Wenn fällt nicht ein, was Molke einmal zu einer Friedensdelegation gesagt hat: „Der Krieg ist eine heilige, göttliche Institution, ist eins der heiligsten Gesetze der Welt. Der Krieg unterhält in den Menschen alle großen und edlen Gefühle, wie: Ehre, Uneigennützigkeit, Wohltätigkeit, Tapferkeit, setzt mit einem Wort die Menschen vom wirrigen Materialismus.“ Da haben wir's! Und nun wird uns vieles klar. Es handelt sich in Leipzig ja gar nicht darum, die Verantwortlichen zu treffen. Holla! Der fünfte Prozeß! Die Frage, ob Beamter oder nicht Beamter, ist der Angelpunkt des ganzen Prozesses.“ Soll heißen, daß der Krieg eine göttliche Institution; daß die Instruktion oder Dienstvorschrift zum Tötschlagen, Schinden usw. das heiligste Gesetz der Welt ist; und daß es nur darauf ankommt, ob man aus eigenem Kopf heraus oder — weil man an „einer bösen Herzaaffektion“ leidet (siehe 2. Prozeß) — etwas zu der vor-

geschriebenen Gemeinheit dazugesagt hat. Denn darin ist man sich einig: „Der Krieg . . . usw.“ Jetzt verstehen wir auch den Satz in der Urteilsbegründung gegen den Herrn Hauptmann Müller: „Wegen der trostlosen Verhältnisse im Lager Flawy le Mariel trifft ihn nicht nur keine Schuld, sondern er hat vielmehr in hervorragender und ausopfernder Weise alles getan, um ertägliche Zustände zu schaffen und die Lage der Gefangenen zu verbessern.“ . . .

Ich selbst war nur ein ganz gewöhnlicher überzähliger Sanitäter. Aber ich habe gespürt, wie man die Leute vom wirrigen Materialismus zu retten versuchte. In meiner Garnisonstadt stellte man so einen Rettungsbedürftigen fünf Tage lang in die Revierstube und lagte über ihn, denn es war ja so spähig, daß der so stitterte und schwitzte und winfelte, und daß der grobe Mensch sich nicht schämte, zu sagen: „Ich will nicht, ich bin krank, ich will zu meiner Mutter.“ Wenn er dann anfang, zu zucken, und Schaum aus seinem Mund quoll, hielt man ihn fest und sagte vielleicht: „Du Schwein, du verstellst dich, du bist ein Feigling.“ — Früher war er mir alle Morgen auf dem Weg zur Arbeit begegnet. Die Kinder ließen ihm nach und hänselten ihn. Nach der „Heilung vom wirrigen Materialismus“ hat man ihn in eine Anstalt einliefern müssen.

Dann war im Feld noch ein ganz Besonderer. Und der mußte auch besonders geheilt werden. Das war — der Regimentsarzt! Welch eine Ausnahme! „Siehe da, ein Mensch“ — so sagte mein Herr, wenn ich in seiner Nähe war. Und alle wußten, daß der da einen schweren Stand hatte. Denn der Materialismus hat ihm tief in der Seele. Und er mochte nicht leicht einen Kranken gesund schreiben oder einen Leutnant in Erholungsurlaub schicken. Deshalb kam es zum Krach. Und der Herr Stabsarzt kam nach Belgien, wo man ihn beobachtete, ob er vielleicht krank sei . . . Und nach acht Tagen kam ein Schreiben von Herrn Major an den Herrn stellv. Regis.-Arzt (der war mit sechs Esemestern und sieben Schmissen gerade kein hereingekrüppelt und operierte nun strapellos im Sinne Molkes). In dem Schreiben stand: „Gestraulich! Ich ersuche, die unter dem früheren Regis.-Arzt ungewöhnlich erhöhte Zahl der selbstmitleidigen Mannschaften auf das Mindestmaß (etwa zehn, wie in den Nachbarregimenten) zurückzuführen. Rünftig ist das Urteil der Herren Bail.-Arzte von dem des Regis.-Arztes abhängig.“ In 14 Tagen war die Zahl der 154 g.a. Leute auf 10 herabgedrückt — das war eine Massentheilung.

Man mag über Leipzig denken, wie man will. Aber eins steht fest: daß man den Geist Molkes dort nicht beseitigt, selbst wenn man all die anderen „Beamten“ hersehleifte, die in Frankreich deutsche Gefangene mißhandeln, oder die Engländer, die sich benahmen wie jener Bjährige Lord, der Adjutant vom

Die Auflösung der Orgesch

Die Reichsregierung gegen Escherich

Der Forstrat Escherich hat seitdem im „Lokalanzeiger“ behauptet, die Auflösung der Orgesch stelle einen Eingriff in das Vereinsrecht und sogar einen Bruch der Verfassung dar. Zu dieser schiefen Darstellung gibt jetzt die Regierung folgende amtliche Erklärung ab:

„Die im „Berliner Lokalanzeiger“ wiedergegebenen Ausführungen des Forstrats Escherich über die Auflösung der Organisation Escherich beruhen auf unrichtigen Annahmen. Eine Durchbrechung der Grundzüge des deutschen Vereinsrechts liegt nicht nur in der Auflösung der Organisation Escherich, sondern auch in der Auflösung der bayerischen Einwohnerwehre und der ostpreussischen Wehren, soweit diese Verbände nach der Entwaffnung friedliche, mit dem Vereinsrecht vereinbare Ziele verfolgen. Zu dieser Durchbrechung ist Deutschland durch den Friedensvertrag in Verbindung mit der Pariser Note und dem Ultimatum gezwungen und verpflichtet. Das Ultimatum enthält eine gewisse Interpretation des Friedensvertrages, der wir uns nach der Annahme des Ultimats füllen müssen. Selbst wenn dazu das Gesetz vom 22. März 1921 nicht ausreichte, was nach dem Gesetz letzten Endes von der Reichsregierung zu entscheiden ist, könnte dies nur dazu führen, daß ein neues Gesetz zur Ausführung des Ultimats erlassen werden müßte. Daß die Entente die Auflösung der Organisation Escherich, wenn sie nicht auf die Liste gesetzt worden wäre, gar nicht gefordert haben würde, ist irrig. Das geht schon daraus hervor, daß General Nollet, wie amtlich bereits mitgeteilt, nach Ueberreichung der Liste diese noch jetzt für unvollständig erklärt hat. Im übrigen hat die Reichsregierung vor Aufstellung der Liste selbstverständlich über die Bedeutung, die dieser Teil des Ultimats nach der Auffassung der Hauptmächte haben sollte, vorher Fühlung genommen und es dabei an Aufklärung über Statuten und Zweck der Organisation nicht fehlen lassen. Nach dem Ergebnis dieser Fühlungnahme wie nach dem Wortlaut des mit dem Ultimatum beendeten Notenwechsels hat die Reichsregierung den einzig männlichen Schritt getan, in Erfüllung des Ultimats die Organisation Escherich freigestellt in der Liste aufzuführen.“

Wir halten es für grundverkehrt, daß die Reichsregierung sich auf den Standpunkt stellt, die Auflösung der Einwohnerwehren und der Orgesch erfolge lediglich auf Grund des Ultimats, welches keinen anderen Ausweg offen lasse und unbedingt eingehalten werden müßte. Die Sache liegt in Wirklichkeit viel einfacher. Orgesch und Einwohnerwehren widersprechen nicht nur den klaren Bestimmungen des Friedensvertrages, sie stehen auch im Widerspruch zum Vereinsgesetz und zu den entsprechenden Gesetzen der Reichs- und Landesregierungen. Denn in diesem Gesetz heißt es ausdrücklich, daß die bewaffnete Macht durch die Reichswehr bzw. die Polizei dargestellt wird. Orgesch und Einwohnerwehre aber liegen dem Waffengebrauch ob. Die Statuten mögen diese Bestimmung vielleicht nur verschwommen zum Ausdruck bringen. Tatsächlich können aber beide Organisationen ohne Waffen das ihnen vorgedachte Programm gar nicht erfüllen. Weil also ihre ganze Tätigkeit mit dem Waffengebrauch unbedingt verbunden ist, deshalb sind sie ungesetzlich und müssen der Auflösung verfallen.

Diese Notwendigkeit wird noch verstärkt durch rein politische Gründe. Denn beide Organisationen stehen im Dienste der Konterrevolution und verfolgen das Ziel, die Republik zu stürzen und die Monarchie wieder aufzurichten. Mit ihm verbieten auch die rein staatsrechtlichen Gesichtspunkte das weitere Fortbestehen dieser Organisationen.

Militärische Obstzüchter

Aus Potsdam wird uns geschrieben:

Unter der Bezeichnung einer Obstzüchterbesprechung wurden die deutschen nationalen Einwohner von Bornim und Bornhaid aufgefordert, an einer Einwohnerversammlung teilzunehmen. Diese angebliche Obstzüchterversammlung führte zur Gründung einer Ortsgruppe der Escherich-Organisation. Der Kreisleiter, Major von Jena, bezeichnete es als eine Schande, daß Männer, wie der Reichsanwalt Dr. Wirth und Nathenau uns regieren. v. Jena bezeichnete die bayerischen Verhältnisse als vor-

Gefangenenerlager Bismarck, der die Leute zwei Stunden angetreten stehen ließ und ihnen mit der Reitpeitsche über den dünnen Schädel hieb, wenn sie beim Parademarsch die Augen nicht weit genug nach links rissen.

Es gibt überall Hauptmann Müller, es gibt überall Ehre, es gibt überall arme, verdrehte, gekrümmte Kniege, und überall gibt es das Dogma von der Heiligkeit des Krieges, überall sitzen die Tagelöhner im Felde der Ehre und die Molkses und Ludendorffs und Fochs usw. im hohen Rat der Zivilisation. Aber das es nur ein „Reichsgericht“ gibt, ist Zufall. — Und es gibt — das ist gewiß — nur eine Rettung: Nie wieder Krieg!

Kurt Rajenberger

Straußwoche der Staatsoper

Es ist merkwürdig, daß die „Elektra“, die Schwesteroper zur „Salome“ und das charakteristischste Werk aus der Postperiode Straußers Schöpfkraft, nicht vertreten war. Dafür komponierte sich alle Energie der Nachgestaltung in die tief in ihre Zeit greifende und musikalisch weit darüber hinauswachsende „Salome“. Gewaltige Spannung beherrscht das Drama, und eine Glut von Wohlklang löste sich aus den einzelnen Instrumenten. Barbara Kemp als Salome und Arminster als Jokanaan sind Darsteller von unvergleichlicher Größe, durch deren Atem und Schritt Kulturen und Welten lebendig werden. Auch die Gestalt der Herodias hat endlich eine stimmlich erfüllende Vertreterin in Frau Arndt-Ober gefunden, während sich für die markante Rolle des Herodes keine jüngere Kraft zu bieten scheint, die den Betrag des Ernst Kraus seiner nicht mehr gewachsenen Verpflichtungen entbehrt. Marcel Roe, der als balbutierendes Mitglied an der Staatsoper verweilt, fiel als Narrasch durch Mangel an Irishem und schauspielerischem Ausdruck vermögen aus dem Rahmen der hohen Gesamtleistung. Man mag es bei den schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen kaum erwarten, daß die Neuausspielungsnotwendigkeit der „Salome“ immer stärker fühlbar wird.

Die Festvorstellung des dritten Abends, die „Ariadne auf Naxos“ konnte sich nicht der gleichen rindringlichen Wirkung rühmen. Die Besetzung der Nebenrollen, die ein so wichtiges Problem für den Gesamteindruck der Darstellung bildet, wird allzu häufig an der Berliner Staatsoper gehandhabt. Der einzige wirkliche Charaktergestalter, der selbst der winzigsten Begebenheit Bedeutung zu verleihen vermag, ist Waldemar Henke. Warum bemüht man sich nicht zur Besserung dieser Verhältnisse, unter denen so viele Partien litten und denen das Frauenteilgut des 2. Aktes zum Opfer fiel, um befähigten, jungen Nachwuchs? Elfriede Marcker ist ein Beispiel dieser Kaufleute. Als Darstellerin des Komponisten gab sie neben der unübertrefflichen Verdinetta Maria Zoogans der Aufführung das künstlerische Gepräge.

Der Straußjakt der Staatsoper sollte außer einem Kassenerfolg, den er wohl gebracht hat, uns Gelegenheit geben, unser

bildlich. Die Escherich-Organisation habe schon im Einverständnis mit den Kreisen Reichsanwaltschaft, Kriegsmärkte und Ruppins mit der Reichswehr und der Schutz-Verbindungen erzielt, um im Ernstfalle gemeinschaftlich vorzugehen. Sie dieser „Obstzüchter“-Organisation ist Kienberg bei Rauen.

Die Entwaffnung der ostpreussischen Grenzwehren

Der amtliche preussische Pressedienst teilt mit: Zur Durchführung der Entwaffnung der ostpreussischen Orts- und Grenzwehren sind die notwendigen Anordnungen seitens der zuständigen Behörden erfolgt und zum großen Teile bereits durchgeführt. Die Erfüllung der Verpflichtung hat sich bisher in Ostpreußen ohne besondere Schwierigkeiten durchführen lassen. Dank der Auffklärungsarbeit der zuständigen Kreise und den vorbereitenden Maßnahmen konnten Reibungen bei der Durchführung der schwierigen Aufgabe vermieden werden.

Der Rapp-Offizier als Freikorpswerber

Aus Magdeburg wird von zuständiger Stelle mitgeteilt: Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten über das Verbot militärischer Verbände, vom 24. Mai 1921, wurde von einem höheren früheren Polizeioffizier, der in den Rapp-Tagen aus der Schutzpolizei entlassen werden mußte, nicht befolgt. Er sammelte, entgegen der genannten Verordnung, junge Leute, um sie nach dem bedrohten Grenzgebiet Oberschlesiens zu entsenden. Der Plan wurde vereitelt, indem sowohl jener ehemalige Offizier wie auch sämtliche Leute von der Polizei festgenommen und dem außerordentlichen Gericht zur Bestrafung zugeführt wurden.

Interessantes aus Kriegsgesellschaften

Höhere Angestellte und Privatfirmen

Von Angestellten der Reichsstelle für Speisefette gehen uns folgende interessante Mitteilungen zu:

Herr Schindler, Abteilungsleiter der Reichsstelle für Speisefette (Milchabteilung), zeigte vor einiger Zeit dem Geschäftsleiter Biessen einen Engagementsvertrag mit der Firma Kurt Esser, Krefeld, in dem ihm ein jährliches Gehalt von 100 000 Mark zugesprochen wurde, ohne daß die Art seiner Tätigkeit bei dieser Firma erwähnt wurde. Seit dieser Zeit richtete er Herr Schindler zweimal ein, daß die Firma Esser große Kosten nicht mehr einwandfreier Kondensmilch, die von der Reichsstelle an verschiedene Firmen angeboten waren, zugeschlagen wurden, ebenso, daß ihr ein großer Posten (100 000 Mark) Milch, die nach sachverständigem Urteil sehr schnell hätten abgesetzt werden müssen, bis zum 31. August d. J. fest an Hand gelassen wurden, in der Weise, daß die Firma Esser von dem Vertrage zurücktreten kann, wenn es ihr beliebt, während die Reichsstelle daran gebunden ist. Von den Angestellten wird auch behauptet, daß es der Firma Esser bei einem früheren Kauf von 100 000 Mark gestattet wurde, sich die besten und gangbarsten Partien herauszulesen. Vorstellungen seitens der Angestellten bei dem Prokuristen und Herrn Schindler waren nutzlos. Dem Verlangen des Betriebsrates der Reichsstelle, gegen Herrn Schindler und gegebenenfalls auch gegen den Prokuristen strafrechtlich vorzugehen, wird von der Geschäftsleitung Widerstand entgegengesetzt, während in anderen Fällen gegen mittlere Angestellte rüchrichtlos vorgegangen worden ist.

Wie mit den Reichsmitteln gewirtschaftet wird, zeigt auch der folgende Vorfall. Die Bayerische Landesfettstelle, München, wollte 20 Waggons nicht mehr einwandfreien Schmalzes an die Reichsstelle zurückerlangen, weil es ihr nicht möglich war, das Schmalz in Bayern abzugeben; außerdem forderte sie einen Preisnachlaß auf die von ihr noch abzunehmenden 10 000 Zentner Schmalz, die zum Preise von 37 Mark per Rilo gekauft waren. Mit der Ermäßigung auf 28 Mark per Rilo war der Direktor der Bayerischen Landesfettstelle einverstanden, verlangte jedoch, daß die Fracht für die Rücksendung des ersten Postens von der Reichsstelle getragen werden sollte. Daraufhin erklärte Herr Zahn, der Vertreter der Geschäftsleiter der Reichsstelle, die Reichsstelle könne die Fracht nicht tragen, er wolle aber den Allokpreis für die noch abzunehmenden 10 000 Zentner auf 25 Mark per Rilo ermäßigen. Mit anderen Worten: Die halbe Rückfracht der beanspruchten Waggons Schmalz hätte laut Vorschlag der Bayerischen Landesfettstelle der Reichsstelle circa 65 000 Mark gekostet; die Ermäßigung des Schmalzpreises von 28 auf 25 Mark

Verhältnis zu Strauß zu revidieren. Ohne Zweifel stehen wir vor großen und reichen Werken immer wieder anders. Aber wir glauben, um den ganzen Strauß bis ins kleinste erkennen zu können, bedarf es vielleicht nur des „Kostentavaliens“ und der „Frau ohne Schatten“. Wir stellen beide Werke natürlich lange nicht so hoch wie die brennende „Salome“ und die in Glut und dämonischer Härte erbebende „Elektra“. Aber im „Kostentavaliens“ ist Strauß anders als in allen vorausgegangenen Werken, und in der „Frau ohne Schatten“ gibt er einen Extrakt seines ganzen Wesens. Dieses, sein letztes Werk, nannte er selbst „eine durch die Ariadne hindurchgegangene Elektra“. Wir fügen hinzu: es ist das letzte Resultat seines Könnens, ein Gerichtstag über sein Genie und seine grauenhafte Ohnmacht. Genie, wirkliches, erschütterndes, ist tatsächlich im 2. Akt, aber der 3. Akt ist von einer Ritzigkeit, daß man die Wände raufflettern könnte. Das ist auch kein Wunder. Ein großer Künstler, der sein großes seelisches Zentrum hat, muß irgendwann mal leer und äußerlich werden. Im 3. Akt der „Frau ohne Schatten“ ist es Strauß, weiß Gott, geworden. — Die Aufführungen hatten ein sehr schönes Niveau. Die Kemp lang strahlend über alle Partner und Orchesterorgane hinweg, die Männer waren im Durchschnitt schwächer als die Frauen, unter denen die Branzell hervorrage. Strauß dirigierte mit jener kritischen Leichtigkeit, die seiner Musik das Dade und Schwere nimmt und sie anschweden läßt, als hätte sie so viel Zartheit, wie es tatsächlich nicht der Fall ist.

Schau mit lebenden Figuren. Der Arbeiter-Schauspieler von Groß-Hamburg veranstaltete kürzlich im Rahmen seiner Sportwoche ein Schauspiel mit lebenden Figuren. Auf grünem Rasen waren die Quadrate des Brettes durch zwei Meter große braune Platten markiert. Die Personen, die die Figuren der einen Partei darzustellen hatten, waren in Grün mit Silber gekleidet, die Darsteller der Gegenpartei in Rot und Gold. Die Partie wurde von erhöhten Eichen aus von zwei Hamburger Meisterschaftsspielern geführt. Sie bedeutet in ihrer originellen Aufmachung ein glänzendes Schauspiel. Die Zuschauermenge wurde auf sieben-tausend Personen geschätzt.

Georges Heyden, ein bekannter, auch in Deutschland vielgepielter Schmanddichter, ist in Paris gestorben. Die Berliner haben seine Stücke „Kümmere dich um Amelia“ und „Die Dame von Maxim“ viel beachtet. Der künstlerische Wert war natürlich gering.

Tages-Notizen

Schülerleistungen: Hoffmann: 11. Das lange Jahr. — Schiller: 12. Der Klopse. — Schiller: 13. Der Klopse. — Schiller: 14. Das Gebirge. — Deutsches Opernhaus: 17. Götterdämmerung. — Neues Schauspielhaus: 18. Die Sozialisten. — Waller-Theater: 19. Aufsehen. — Großes Schauspielhaus: 20. Die Meier.

Schülerleistungen: Sonntag, den 12. und Montag, den 13. gelangt im Bolshoi-Theater für die Schönen Beilins „Johanna“ von Götze zur Aufführung. Beide Vorstellungen, die am Donnerstag früher angekündigt waren, veranlaßt werden, begannen 11 1/2 Uhr.

mußte von der Reichsstelle mit 1 1/2 Millionen Mark bezahlt werden, ohne daß dazu ein Anlaß vorlag. Der Landesfettstelle München wurde angesetzt, über dieses Geschäft Stillhalten zu beobachten!

Ein früher als Sachverständiger bei der Reichsstelle fungierender Angestellter erhielt für einige im Auftrage der Reichsstelle in Breslau vorgenommene Prüfungen von Milchfärgern außer seinen laufenden Unkosten, wie Autofahrten, Hotelkosten usw., als entgangenen Arbeitslohn pro Tag 330 Mark, für halbe Arbeitstage 200 Mark Vergütung.

Es wäre sicherlich interessant und wertvoll, wenn der Untersuchungsausschuss für das Geschäftsgeheimnis der Kriegsorganisationen sich mit diesen Angaben etwas näher beschäftigen würde. Bisher hat er sich allerdings — mit einer Ausnahme — der Fühlungnahme mit dem Betriebsrat der Reichsstelle enthalten, obwohl das doch die Voraussetzung für eine erfolgreiche Untersuchung wäre. Aber auch die Staatsanwaltschaft hätte alle Veranlassung, diesen Angaben nachzugehen.

Unternehmer-Patriotismus

Der Patriotismus der Bestehenden ist stets abhängig von dem Wohlergehen ihres Geldbentels. Die Zustände im Rheinland liefern neue Beweise dafür, wie aus folgender Anfrage der Abg. Soltmann und Meerfeld an die Reichsregierung hervorgeht:

„Zwischen der Interalliierten Rheinlandkommission in Koblenz und zwischen rheinischen Spiritusinteressenten haben Verhandlungen zur Herbeiführung eines französisch-rheinischen Spiritusmonopols stattgefunden. Sind der Reichsregierung diese Vorgänge bekannt? Sind Maßnahmen getroffen, um das Durchbrechen des deutschen Spiritusmonopols zu verhindern?“

Sobald höherer Profit winkt, zerfliegt der vielgerühmte Patriotismus wie Spreu vorm Winde.

Am richtigen Platz

Graf Ernst v. Reventlow, der Welt bekannt als ostdeutscher Kriegsheimkehrer, der in außerordentlich tapferer Weise vier Kriegsjahre hindurch hinter seinem Schreibtisch für die großen wahnhaften Ludendorff-Politik gekämpft hat, übernimmt die Leitung der äußeren Politik in den von Herrn Reichold Wulle herausgegebenen Blättern „Das deutsche Tageblatt“ und „Das deutsche Abendblatt“. Diese Tatsache, deren Wichtigkeit durch W. L. B. verbreitet wird, erfüllt wohl die gesamte Öffentlichkeit mit Genugtuung, inwiefern die beiden Abblätter des Herrn Wulle der breiten Öffentlichkeit so gut wie unbekannt sind.

Stinnes und Lenin

Ueber den Zweck des kürzlichen Verweilens des russischen Volkskommissars Krasin in Deutschland macht das „Berliner Tageblatt“ Angaben, die sehr viel Wahrscheinlichkeit für sich haben. Wie das Blatt schreibt, wurden seit längerer Zeit zwischen englischen und deutschen Handelskreisen Verhandlungen gepflogen, deren Ziel die Wiederverbahrung des Handels mit Rußland ist. Es fährt dann fort:

„Man erinnert sich an die letzte Reise des sowjetrussischen Volkskommissars Krasin, der sich nach einem kurzen Aufenthalt in Berlin von hier nach London weiterbegeben hat. Während seines Berliner Aufenthalts hatte, nach ungenutzten Informationen, Krasin Unterhandlungen mit Vertrauensleuten des Stinneskongerns, die zu einer endgültigen Verständigung geführt haben. Gegenstand des zwischen den englischen und den deutschen Wirtschaftskreisen abgeschlossenen Vertrages sind vor allem die Wirtschaftskonzessionen, die Sowjetrußland seitens als Gegenleistungen anzubieten hat. In enger Fühlung mit den russischen Delegierten soll auf Grund dieses englisch-deutschen Einverständnisses die Arbeit für den planmäßigen wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands aufgenommen werden. An Lenin soll die Bedingung gestellt worden sein, die Sowjetregierung auf der Grundlage einer Koalition aller, mit Ausnahme der monarchistischen Parteien umzubilden. Lenin selbst soll sich demnach für persönliche Besprechungen mit der englischen Regierung nach London begeben.“

Inwiefern die letzte Annahme zutrifft, oder inwiefern es sich um bloße Kombination handelt, entzieht sich unserer Kenntnis, hingegen entspräche die Meldung, soweit sie Verhandlungen Krasins mit dem Stinneskongern und die Verleihung von Wirtschaftskonzessionen betrifft, vollständig dem Kurs, den die Sowjetregierung seit Monaten eingeschlagen hat.

Arbeitslose vor dem Gewerkschaftshaus

Vor dem Berliner Gewerkschaftshaus erschienen Freitag nachmittag etwa 2 000 Erwerbslose, die zum A. D. G. B. eine Deputation entsandten, um zu erfahren, welche Schritte der A. D. G. B. zur Durchführung der bekannten zehn Punkte eingeleitet hat. Das Vorstandsmitglied Knoll begab sich zu den Demonstranten, um diesen selbst darüber Auskunft zu geben. Während Knoll sprach, wurden viele Zwischenrufe gemacht, sodas es zu einer gewissen Unruhe kam. Der „Vormwärts“ bringt in seiner heutigen Morgenausgabe hierüber einen sehr aufgebauchten Bericht, der, wie uns Gewerkschaftsbeamte, die den Vorfall beobachtet haben, mitteilen, nicht den Tatsachen entspricht. Es ist nicht zu billigen, daß der „Vormwärts“ versucht, einige drastische Zwischenrufe dahin auszulegen, als ob die Erwerbslosen bekannten Arbeiterführern aus Leben wollen.

Die Not der Erwerbslosen ist uns Angehörigen gestiegen. Es ist daher nur zu begrüßlich, wenn Arbeitslose bei gewissen Anlässen in eine erregte Stimmung kommen. Doppelverantwortlich ist es aber, wenn die kommunistischen Zentralkomitees immer wieder versuchen, die Notlage der Erwerbslosen für ihre kommunistische Propaganda auszunutzen. Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Malchahn hat kürzlich in einer Arbeitslosenversammlung öffentlich dazu aufgefordert, vor die Gewerkschaftshäuser zu ziehen; nur so würde eine Besserung ihrer Lage erzwungen werden können. Ein Teil der Berliner Erwerbslosen hat diese Aufforderung Maßnahme gestern in die Tat umgesetzt. Jede verantwortliche Stelle müßte sich darüber im Klaren sein, daß bei derartigen „Demonstrationen“ nichts Gutes herauskommen kann, es sei denn ein Kra-wall.

Eine unabhängige Anfrage wegen des russischen Kongresses in Reichenhall. Im Landtag haben die Unabhängigen eine Anfrage an die Regierung eingebracht, die sich gegen den russischen Kongress in Reichenhall wendet und die Regierung fragt, warum sie in Widerspruch mit ihrer sonstigen Fremdenpolitik mehr als 100 Ausländern, die zum Zwecke einer gemeinsamen Erklärung nach Bayern kamen, die Einreiseerlaubnis gegeben hat und warum diese Erlaubnis nicht zurückgezogen wurde, als der politische Charakter der Zusammenkunft ersichtlich war.

Singerkreuz in der bayerischen Festungs-Gefangenenerkrankung Niederrheinens. Wie die U. S. B. Zeitung „Der Kampf“ mitteilt, sind die politischen Gefangenen der Festungsanstalt Niederrheinens in Hungenkreuz getreten.

Groß-Berlin

Sie lügen weiter

Die Niederlage, die der Rämmerer Karding dem deutsch-nationalen Hanswurff Koch in der letzten Stadtverordnetenversammlung hat zuteil werden lassen, ist der deutsch-nationalen Presse sehr auf die Nerven gefallen. „Deutsche Tageszeitung“ und „Deutsche Zeitung“ suchen deshalb die Niederlage zu verschleiern. Sie unterschlagen die von dem Rämmerer vorgebrachten Tatsachen, die Herr Koch nicht einmal zu widerlegen den Versuch unternommen hat. Während Koch behauptet hatte, daß die Gesamtschuld Groß-Berlins im Laufe des Rechnungsjahres 1920 die letzte Milliarde erreichen werde, hat der Rämmerer festgestellt, daß die Schulden Berlins seit dem 1. Oktober 1920, dem Tage des Inkrafttretens der Einheitsgemeinde, nicht gestiegen, sondern sogar um 216 Millionen Mark gesunken sind. Er hat ferner festgestellt, daß die Stadtgemeinde nicht überschuldet ist, sondern einen Vermögensoberschuß hat, der rechnerisch fast eine Milliarde beträgt, in Wirklichkeit aber das Vielfache dieser Summe ausmacht.

Diese Zahlen zeigen, daß unter der Herrschaft der sozialistischen Mehrheit der Anfang zu der überaus schwierigen Aufgabe der Gesundung der Finanzen Berlins gemacht ist, eine Tatsache, von der man verstehen kann, daß sie den Deutschnationalen überaus unangenehm ist.

Lehrlingsausbeutung

Wie alle Entwicklungstendenzen, die in der kapitalistischen Gesellschaft in der Vorkriegszeit vorhanden waren, durch den Krieg und die Kriegswirtschaft beschleunigt wurden, ist auch der Prozeß des Untergrundes des Kleinwerbetums wesentlich gefördert worden. Seit Jahrzehnten zählt die rücksichtslose Ausbeutung der jugendlichen Arbeitskraft zu den wichtigsten Erfindungsgrundlagen des Kleinwerbetums. Das Kleinwerbetum konnte sich der überlegenen Konkurrenz der industriellen Kapitalisten nur durch vermehrte Einstellung und gesteigerte Ausbeutung der Lehrlinge erwehren. Die Entwicklung, die unser Wirtschaftsleben im letzten Jahrzehnt genommen hat, hat den Konkurrenzkampf zwischen modernem Kapital und Kleinwerbetum sehr verschärft, die Existenzbedingungen des Kleinwerbetums wesentlich erschwert. Die Kleinwerbetreibenden wollen aber ihre heiliggeliebte „Selbständigkeit“ um keinen Preis aufgeben. Sie stellen einfach, getreu ihrer alten Praxis, möglichst viele Lehrlinge ein und steigern trotz aller Fortschritte der sozialpolitischen Gesetzgebung die Ausbeutung ins Unerträglichste.

So geht heute mehr denn je der Existenzkampf des Kleinwerbetums auf Kosten unserer Jugend vor sich. Unter diesen Umständen ist es leicht erklärlich, daß von allen sozialpolitischen Errungenschaften, die die Republik der Arbeiterklasse gebracht hat, die arbeitende Jugend herzlich wenig spürt. Die wenigen gesetzlichen Schutzbestimmungen, die für die arbeitende Jugend bestehen, werden von den Kleinwerbetreibenden in kraßster Weise mißachtet.

Unsere Jugendorganisation hat eine Reihe von Forderungen in Bezug auf den Lehrlingschutz aufgestellt, auf deren Erfüllung die gesamte Arbeiterklasse dringen muß. Aber auch heute schon muß verlangt werden, daß die älteren Berufskollegen sich des Nachwuchses annehmen und in den Betrieben für Innehaltung der bestehenden Jugendchutzvorschriften einsetzen.

Der neue Haushaltsplan

Vom Nachrichtenamt der Stadt Berlin wird mitgeteilt:

Auf die Feststellung des Stadthaushaltsplanes für 1920 mußte unmittelbar die Aufstellung des Haushaltsplanes für 1921 folgen. Während der vorjährige Haushalt wegen der mitten im Haushaltsjahr erfolgten Bildung der neuen Stadtgemeinde im wesentlichen eine Aneinanderreihung der nach den verschiedenen Grundbesitz aufgestellten Voranschläge der früheren Groß-Berliner Gemeinden darstellte, nur Werte, Steuern und einige Wohlfahrtsleistungen wurden den Einzelschlägen entnommen und besonders behandelt, ist für 1921 ein Gesamthaushaltsplan nach einheitlichen Gesichtspunkten unter Zugrundelegung der den veränderten Verhältnissen angepaßten Alt-Berliner Bestimmungen über die Aufstellung der Etatentwürfe aufgestellt worden. Die Einheitlichkeit ist durch Anwendung nicht nur eines gemeinsamen Haushaltschemas, sondern auch einer bestimmten Gliederung des Stoffes gesichert worden. Die Gemeindehaushalte und die Anforderungen der Gutsbezirke sind in den Außenbezirken gemäß § 22 Abs. 1 und 2 des Eingemeindungsgesetzes zu Bezirkshaushaltsplänen verschmolzen worden. Für die Innenbezirke 1-6 ist mit Rücksicht darauf, daß die Verteilung der Geschäfte auf die einzelnen Bezirke noch schwebt, ein Einheitshaushaltsplan aufgestellt worden; nach Übernahme der Geschäfte wird ihnen jedoch durch

Anterovertierung der Mittel die Möglichkeit der selbständigen Bewirtschaftung gegeben werden. Für die von der Zentrale der Stadt wahrzunehmenden Aufgaben, sind Zentralhaushaltspläne gebildet worden. Der Gesamthaushaltsplan für 1921 zerfällt somit in zwei Abschnitte, und zwar: A: Bezirksverwaltungen und B: Zentralverwaltungen. Unter C sind außerdem Nachtragsforderungen der früheren Stadt Neublässe, die im Haushaltsplan für 1920 nicht mehr berücksichtigt werden konnten, nachgewiesen.

Die erste Lage der städtischen Finanzen hat dazu gezwungen, bei der Beratung des Haushaltsplanes bei möglicher Steigerung der Einnahmen eine Herabsetzung der Ausgaben auf das unbedingt Notwendige vorzunehmen. Die Haushaltsentwürfe sind in ständiger Fühlungnahme mit den beteiligten Verwaltungen einer Revision nach einheitlichen Gesichtspunkten unterzogen worden. Die Bezirksbürgermeister sind gemäß § 25 Abs. 2 Punkt 1 des Gesetzes über Berlin in gemeinsamer Beratung über den Haushaltsplan gehört worden. Die endgültigen Zahlen über den Bedarf und unsere Vorschläge über die Deckung des Bedarfs wird der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung in ausführlicher Darstellung nachreichen und hat der Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage zugehen lassen, mit der Bitte, den Haushaltsplan für das Verwaltungsjahr 1921 unter Zugrundelegung der sich aus dieser Darstellung ergebenden Ziffern festzustellen und unseren gleichfalls daraus ersichtlichen Vorschlägen über die Deckung des Bedarfs und über die zu erhebenden Steuern zuzustimmen.

Ferienonderzüge. Die in diesem Jahre erstmalig wieder als vorzuziehend in Aussicht genommene Ferienonderzüge zu ermäßigten Preisen werden einen besonderen Tarif erhalten, der loeben veröffentlicht wird. Danach werden die Fahrpreise in der 2. Klasse 23 Pf., in der 3. Klasse 13 Pf. für die einfache Fahrt je Kilometer betragen. Aus den Tarifbestimmungen ist noch besonders hervorzuheben, daß eine Fahrunterbrechung nicht gestattet ist, daß die Fahrpreisermäßigung nur für die Fahrt nach Stationen gewährt wird, die an der vom Sonderzuge behrührten Strecke liegen. Von letzterer Bestimmung sind im Seebäderverkehr Ausnahmen zugelassen. Endlich werden nur einfache Karten ausgeben, doch können auf Verlangen bei der Lösung der Karten für die Hin- und Rückfahrt auch die Karten für die Rückreise ausgeben werden. — Uns ist nicht verständlich, warum gerade eine Ausnahme für Reisen in die Seebäder gemacht wird. Die Besucher der Seebäder sind doch gerade am ersten dazu in der Lage, die Kosten zu tragen. Wir verlangen, daß solchen Ferienreisenden besondere Erleichterungen gewährt werden, die nur ein geringes Einkommen haben.

Die Landesdarlehen für Kleinwohnungsbauten. Der preussische Wohlfahrtsminister hat über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Abkürzung der Baukostenübersteuerung neue erläuternde Bestimmungen getroffen. Danach sind derartige Landesdarlehen möglichst nur für solche Wohnungsbauten zu bewilligen, deren Heiz- und Kloseinrichtungen dem heutigen Stand der Technik in bezug auf Ersparnis des Brennmaterials entsprechen. Wohnungen mit einer Wohnfläche von mehr als 70 bis 80 Quadratmetern sind nicht grundsätzlich von der Gewährung eines Landesdarlehens ausgeschlossen; die gegenwärtig hohen Baukosten zwingen aber doch dazu, auf eine Einschränkung des Wohnbedürfnisses hinzuwirken. Insbesondere soll darauf Bedacht genommen werden, daß in denjenigen Gegenden, wo die Kleinwohnungen bisher allgemein eine kleinere Wohnfläche als 70 Quadratmeter aufwiesen, nicht eine Wohnfläche von 70 Quadratmeter als Mindestmaß angenommen wird.

Wer hat den Mietschempel zu zahlen? Ueber diese Frage teilt uns der Mieterbund Berlin-Steglitz auf Grund zweier Urteile, des Amtsgerichts Berlin-Schöneberg, wie des Landgerichts II Berlin, mit, daß die volle Abwälzung der Kosten für den Mietschempel seitens der Vermieter auf den Mieter unstatthaft ist. Nach dem preussischen Mietvertragsgesetz haben Mieter und Vermieter je die Hälfte der Mietschempelkosten zu tragen. Eine anderweitige Vereinbarung verstoßt gegen § 8 der Höchstmietverordnungsverordnung und ist deshalb nichtig. Als Mietzins im Sinne des § 8 ist nämlich jede gewerbliche Leistung anzusehen, also auch die Verpflichtung, die ganze, statt der halben Mietschempelabgabe zu entrichten.

Freiwillige Beiträge zur Angestelltenversicherung. Die Behörden der Angestelltenversicherung haben bisher auf dem Standpunkt gestanden, daß solche Angestellte, die auf Grund eines Lebensversicherungsvertrages nach § 300 des Versicherungsgesetzes für Angestellte von der eigenen Beitragsleistung befreit sind, nach ihrem Ausscheiden aus der versicherungspflichtigen Beschäftigung freiwillige Beiträge nur in halber Höhe entrichten dürfen. Eine kürzlich vom Obergerichtsgericht für Angestelltenversicherung getroffene Entscheidung ändert diesen Standpunkt. Hiernach sind von der eigenen Beitragsleistung befreite Versicherungsberechtigte nach dem Ausscheiden aus versicherungspflichtiger Beschäftigung berechtigt, freiwillige Beiträge in voller Höhe bis zu der Gehaltsklasse zu zahlen, die dem Durchschnitt der letzten sechs Pflichtbeitragsklassen entspricht oder am nächsten kommt.

Es ist Angestellten sogar zu empfehlen, nicht halbe, sondern volle Beiträge zu zahlen, da noch nicht endgültig darüber entschieden worden ist, ob die Zahlung halber Beiträge während der freiwilligen Versicherung überhaupt zur Erhaltung der Anwartschaft genügt.

Voraussichtliches Wetter für Berlin und Umgebung am Sonntag. Zunächst vielfach heiter, etwas wärmer, bei mäßigen südwestlichen Winden. Rachter wieder zunehmende Bewölkung und leichte Regenfälle.

Gewerkschaftliches

Gegen die Moskauer Zerstörer im D. M. B.

Eine Konferenz des Deutschen Metallarbeiterverbandes für den Bezirk Halle, die von 71 Delegierten aus 45 Ortsgruppen besucht war, tagte am 5. und 6. Juni in Dessau. Vom Vorstand nahm der Vorsitzende Brandes - Stuttgart teil. In dem Vortrag über die Weltkrise und die Wirtschaftslage behandelte er die großen Probleme, die als Folge des Krieges in allen Ländern, verstärkt durch die Reparationsbedingungen in Deutschland ganz besonders ausgeübt worden sind. Bezirksleiter Köpfer-Halle erstattete dann den Tätigkeitsbericht der Bezirksleitung, wobei er in erster Linie die Vorgänge in der halleschen Ortsverwaltung schilderte, die mit den Kämpfen um die Selbständigkeit, von der Gewerkschaften losgelöst, wirtschaftliche Reorganisation begannen, dann infolge der 21 Moskauer Bedingungen zur Sprengung des Verbandes in Halle geführt haben. Die Aussprache über diese Vorgänge war von hohem Ernst und großer Sachlichkeit getragen. Am Schluß derselben wurde eine Entschlüsselung mit allen gegen 7 Stimmen angenommen, in der die Amtsenthebung der Ortsverwaltung, sowie die bisher getroffenen Maßnahmen des Vorstandes in allen seinen Teilen gebilligt wird. Die Kommunisten haben sich durch ihre ganze Tätigkeit selbst außerhalb des Verbandes gestellt und es heißt zum Schluß der Entschlüsselung:

„Da die Konferenz in dem Vorgehen der ihres Postens enthabenen Ortsverwaltung das schwerste Verbrechen an der Organisation und der Arbeiterklasse erblickt, wird der Vorstand ersucht, die in Betracht kommenden Mitglieder der lokalen Ortsverwaltung Verhängnisvolle Strafen für nichtmideraufnahmefähig zu erklären.“ Auch die 7 Kollegen, welche politisch zur KPD gehören, erklärten mit aller Deutlichkeit, daß für die Arbeiter und Genossen im D. M. B. kein Platz mehr sei, nachdem sie in derartig unverantwortlicher Weise die Organisation geprengt hätten.

Im letzten Teil der Konferenz sprach Brandes die Aufgaben des kommenden Verbandstages in Jena. Der Vorstand hatte die Absicht, auf die Tagesordnung nicht nur die üblichen geschäftlichen Dinge zu legen. Er wollte vielmehr durch einen herausragenden Volkswirt die Frage der Durchführung des Sozialismus allgemein und dessen Durchführung in der Metallindustrie besonders behandeln lassen. Infolge der Fälle der eingegangenen Beiträge ist zunächst davon Abstand genommen worden. Der Vorstand wird jedoch Vorsorge treffen, damit eine etwaige Änderung der Tagesordnung ohne Schwierigkeiten vorgenommen werden kann. Die zurzeit aktuellen wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben würden selbstverständlich, wenn nicht anders, so im Geschäftsbericht des Vorstandes besprochen werden. Die Konferenz zeigte, daß in diesem, früher für die Moskauer Bewegung günstigsten Bezirk die Ernüchterung gekommen und die Arbeiter allgemein, die Mitglieder des Metallarbeiterverbandes insbesondere, wieder den Weg zu gesunder Gewerkschaftsarbeit gefunden haben.

Verbindlich erklärter Tarifvertrag. Das Reichsarbeitsministerium hat den Nachttag vom 8. April 1921 zum Tarifvertrag vom 30. Januar 1920 für die Angestellten der Herren- und Knaben-Konfektion, Damen- und Mädchen-Mantelkonfektion und Blusen- und Kleider-Konfektion für die Einheitsgemeinde Berlin mit Wirkung vom 1. Februar 1921 für allgemein verbindlich erklärt.

Parteiveranstaltungen

Sonnabend, 11. Juni

Dessau. Die Wandlung der Arbeiter im Alter von 12 Jahren ab findet statt. Treffpunkt: Strosch-Kammelsburg pünktlich 7 1/2 Uhr früh. Fahrt nach Schöneberg.

Sonntag, 12. Juni

Dieserberg. Die Wandlung der Arbeiter im Alter von 12 Jahren ab findet statt. Treffpunkt: Strosch-Kammelsburg pünktlich 7 1/2 Uhr früh. Fahrt nach Schöneberg.

Verantwortlich: für Verlag v. Neumann, Neudammstr. 23, Berlin-Wilhelmshagen. für Kommissionsdruck: Eduard Schloß, Berlin-Wilhelmshagen. für den Verlagsanteil u. geschäftliche Mitteilungen: Edmund Kommer, Karlshorst - Verlagsgesellschaft „Freiheit“, a. G., m. b. H., Berlin. - Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C2, Breite Str. 8-9.

Alexander Stein

Agrarfrage und Sozialismus

Aus dem Inhalt:
Die politische Situation / Der wirtschaftliche Gegensatz zwischen Stadt und Land / Die Massenbewegung auf dem Lande / Die Agrarfrage und die Parteien / Die Stellung der unabhängigen Sozialdemokratie

Preis 2.50 Mark

Organisationen Preisermäßigung

Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C2, Breite Straße 8-9

ZEISS Punktgläser für Brillen u. Klemmer

Das Beste für die Augen!

Kaufen Sie nicht Ihre Augenlinsen in Massenbetrieben, denn auf Ihren Augen beruht Ihre Existenz. Achten Sie darauf, daß Sie ein erfahrener Fachmann berät und nicht Leute, die es nur unter allen Umständen auf Ihren Geldbeutel abgesehen haben.

Kommen Sie zu mir! Ich bediene Sie selbst!

Otto Kressner

staatlich geprüfter Optiker

Invalidenstr. 18

Edle Gartenstraße

Frankfurter Allee 102 am Ringbahnhof

Botenfrauen

Stellt sofort ein

Spedit. Johannstr. 9 (Ecke Artilleriestr.)

Schweißfuß-Pfifferol

Leidende sollten nur den entzündeten

benutzen. Beseitigt den lästigen Schweißgeruch und verhindert Brennen und Wundwerden der Füße. Strohpreis 2.50 und 2.- Mk. Reicht mehrere Monate.

Präservativ-Creme „Pfeifferol“ das ideale Mittel gegen

Erhältlich in Apotheken und Drogerien. Apoth. Otto Pfeiffer & Pflaier, Berlin N 65.

„Freiheit“-Leserinnen beachten unsere Inserenten!

Kleine Anzeigen

Rechtsanwalt: Berlin C2, Breite Str. 8-9

Das Werbepreisverhältnis 2.- Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Wählungsgebiete: Werbepreisverhältnis 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.- Mk.

Verkäufe

Vasche 250.-, Leinwand 25.-, Gewandmisch 25.-, Stoffe 15.-, Herrenrocke, Reize Bombardieren, Beldhaus Rosenthaler Tor, Pflanzstr. 203/4, Ecke Kolonnen, Str.

Werkzeuge und Maschinen

Spiralbohrer kaufte Debar 25.-, Herren-Neueborn, Augulstraße 1.

Ausstellungen

Wandb.-Wandtbl. Eder u. Wall, Quaternstr. 15 und 20, Umgebung 100 Mark. Gärten, Sträßl. Nollstr. 11, Fernsprecher 2294.

Arbeitsmarkt

Händler gesucht für den Vertrieb aktueller Verlagsarbeiten. Breite Straße 8-9.

Fahrräder

Freilaufäder, Gummiberührung billigt Gedener Weg achtchen.

Möbel

Chaiselongues 200.-, Metallengubdr. 70.-, Metallbetten 160.-, Rindfleischbrett, Melchior, Auguststr. 22, Dugh.

Verchiedenes

Nichter, ebenfalls, großformat. Rechtschreib. Buchstabe 47. (Kollonnenstr. 11).

richtige Weg für Angebot u. Nachfrage

find die kleinen Anzeigen der Freiheit.